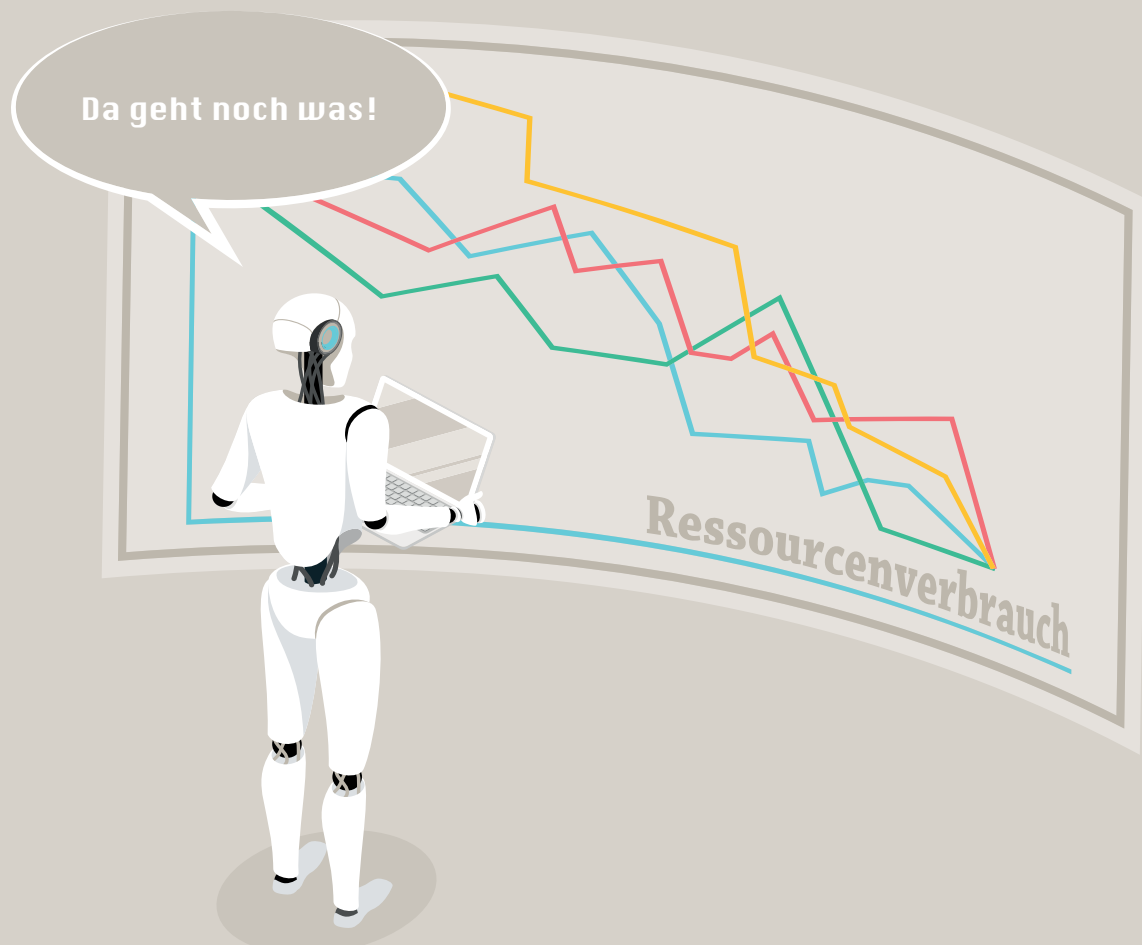


Digitalisierung hilft



Ressourceneffizienz. Die deutschen Industriefirmen könnten nach eigenen Angaben rund 10 Milliarden Euro sparen, wenn sie weniger oder andere Ressourcen einsetzen würden. Ein wirksamer Hebel, um dieses Potenzial zu heben, ist die Digitalisierung. Im betrieblichen Alltag werden Ressourceneffizienz und Digitalisierung allerdings selten zusammen betrachtet. Damit sich das ändert, hat die Politik zahlreiche Vorhaben und Programme aufgelegt, wie Elisabeth Winkelmeier-Becker, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, im iwd-Interview erklärt.

—> [Seiten 2-5](#)

USA

Mit Joe Biden wird sich der Ton in den internationalen Handelsbeziehungen verbessern – inhaltlich aber dürfen sich die Europäer nicht zu viel versprechen.

—> [Seiten 6-7](#)

Industrie

Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe wird nicht allzu bald wieder das Vorkrisenniveau erreichen – auch wegen struktureller Probleme.

—> [Seiten 10-11](#)

Mit Daten den Ressourcenverbrauch senken

Ressourceneffizienz. Um Produkte und Dienstleistungen herzustellen, benötigen Unternehmen unterschiedlichste Materialien und Energierohstoffe. Da diese Ressourcen einen erheblichen Kostenfaktor darstellen, ist jeder Betrieb bemüht, möglichst effizient damit umzugehen. Mithilfe der Digitalisierung lässt sich die Ressourceneffizienz nicht nur leichter messen, auch Einsparpotenziale können so besser gehoben werden.

Um die Ressourceneffizienz zu steigern, können Unternehmen Folgendes tun: weniger verbrauchen, mehrmals gebrauchen und/oder ein Material durch ein anderes Material ersetzen. Der Fokus in den meisten Unternehmen liegt allerdings nach wie vor darauf, über klassische

Optimierungsmaßnahmen weniger Ressourcen zu verbrauchen.

Bislang dominieren dabei Maßnahmen zur Energieeinsparung sowie klassische Prozessoptimierungen; selten geht es um ein Herangehen, das direkt am Produkt ansetzt – sei es über die Anpassung des Designs oder die Erweiterung des Angebots in Form von Produkt-Service-Systemen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Befragung von knapp 900 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleister für eine Studie, die das Institut der deutschen Wirtschaft gemeinsam mit der IW Consult und der WIK-Consult GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie durchgeführt hat.

Tatsächlich sind die Ressourceneinsparpotenziale in der deutschen Wirtschaft keineswegs erschöpft: Fast jedes zweite Unternehmen glaubt, dass es bei optimaler Nutzung der technischen Möglichkeiten weitere Potenziale freisetzen könnte.

Laut den befragten Unternehmen ließe sich im Schnitt eine Reduzierung des aktuellen Ressourceneinsatzes von 7 Prozent realisieren. Im Produzierenden Gewerbe ist die Einsparmöglichkeit mit 8 Prozent sogar noch etwas höher. Grob geschätzt kämen so Milliardenbeträge zusammen:

Die von den Industrieunternehmen in Deutschland als realisierbar

angegebene, aber noch nicht umgesetzte Ressourceneffizienz würde etwa 10 Milliarden Euro sparen, das ist gut 1 Prozent der industriellen Wertschöpfung.

Erhebliche Potenziale für Ressourceneinsparungen liegen in der Digitalisierung. Denn die Digitalisierung verändert die Produktionsprozesse grundlegend: So können Prozess- und Produktionsdaten ständig erhoben und vorgehalten werden, was eine in Echtzeit gelenkte Produktion ermöglicht. In den vergangenen fünf Jahren war die Digitalisierung von Effizienzmaßnahmen jeweils für eine Einsparung von rund 1 Prozent verantwortlich. Insgesamt konnten etwa 6 Prozent des ursprünglich benötigten Materials durch Effizienzmaßnahmen eingespart werden, in Bezug auf Energieeinsparungen waren es 8 Prozent.

Dass Digitalisierung und Ressourceneffizienz Hand in Hand gehen, zeigt ein Blick auf die befragten Unternehmen (Grafik):

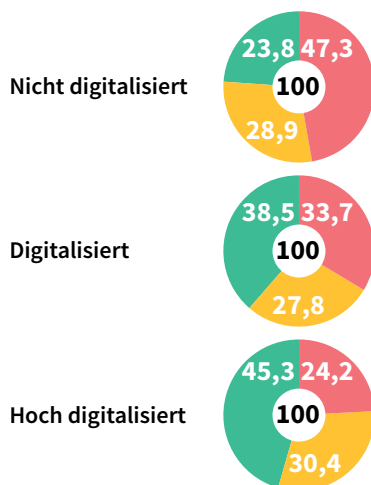
Je höher der Digitalisierungsgrad bei Effizienzmaßnahmen im Unternehmen, desto höher ist das Maß der Ressourceneffizienz.

Allerdings werden im betrieblichen Alltag Ressourceneffizienz und Digitalisierung noch selten ganzheitlich betrachtet. So sind bislang nur wenige Unternehmen bei den

Ressourcen: Digitalisierte Unternehmen sind effizienter

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland mit diesem Digitalisierungsgrad weisen ... Materialeinsparungen in den letzten fünf Jahren auf

■ ... geringe ■ ... mittlere ■ ... hohe



Befragung von 895 Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der unternehmensnahen Dienstleistungen zwischen Januar und März 2020

Nicht digitalisiert: Keine Ressourceneffizienzmaßnahme ist digitalisiert; digitalisiert: Ein geringer Anteil der Ressourceneffizienzmaßnahmen ist digitalisiert; hoch digitalisiert: Ein mittlerer/hoher Anteil der Ressourceneffizienzmaßnahmen ist digitalisiert

Quelle: IW-Zukunftspanel
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Ressourceneffizienz: Was die Digitalisierung ausbremst

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland sagen, dass diese Aussagen zum Einsatz digitaler Technologien für die Ressourceneffizienz zutreffen

		Trifft zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft nicht zu
Der Anpassungs-/Unterstützungsbedarf bei eingekauften Softwarelösungen ist zu hoch	Produzierendes Gewerbe	28,9	35,6	14,5	21,0
	Unternehmensnahe Dienstleister	16,2	32,3	19,0	32,5
Es fehlt an Finanzkraft für den Aufbau einer komplett digitalisierten Anlage	Produzierendes Gewerbe	27,6	23,5	23,7	25,2
	Unternehmensnahe Dienstleister	12,5	24,2	25,7	37,6
Die Breitbandstruktur ist unzulänglich	Produzierendes Gewerbe	25,2	19,0	22,6	33,2
	Unternehmensnahe Dienstleister	24,1	19,0	23,1	33,8
Es fehlt eine Komplettlösung zur umfassenden Datenerhebung und -nutzung	Produzierendes Gewerbe	24,9	33,2	19,5	22,4
	Unternehmensnahe Dienstleister	9,9	28,1	22,0	40,0
Bestehende Anlagen lassen sich nicht nachrüsten	Produzierendes Gewerbe	21,5	31,7	23,0	23,8
	Unternehmensnahe Dienstleister	9,8	16,3	26,1	47,8

Befragung von 895 Unternehmen zwischen Januar und März 2020
 Quelle: IW-Zukunftspanel
 © 2021 IW Medien / iwd

iwd

verschiedenen Ressourceneffizienzmaßnahmen stark digitalisiert, vor allem bei den kleinen und mittleren Betrieben hapert es. Mindestens ein Viertel der Unternehmen ist noch gar nicht digitalisiert. Wenn Digitalisierung zum Einsatz kommt, dann am ehesten bei häufig genutzten Maßnahmen zur Optimierung von Prozessen und Energieverbräuchen, auch bei der Verwendung neuer Techniken ist der Digitalisierungsgrad höher als in anderen Bereichen.

Der Einsatz von digitalen Technologien und Anwendungen fängt häufig mit kleinen Schritten an. Für den Einstieg sind Daten und Schnittstellen besonders wichtig – diese tragen heute auch am ehesten zur Steigerung von Ressourceneffizienz bei. Im zweiten Schritt nutzen Unternehmen Plattformen, Prozessmonitoring über die Vernetzung von Sensoren und Aktoren sowie die absehbare Wartung als wichtige

Voraussetzungen für die Vernetzung in der Wertschöpfungskette.

Bei der konkreten Umsetzung des Digitalisierungsprozesses müssen Unternehmen zahlreiche Dinge beachten: die Rechtskonformität, die Abwägung zwischen einer Komplettlösung und projektbezogenen Insellösungen, die intelligente Datenverknüpfung, die digitalen Kompetenzen sowie die Einbindung der Mitarbeiter. In vielen Unternehmen – vor allem in der Industrie – fehlen bislang digitale Komplettlösungen (Grafik). Insellösungen wiederum führen häufig nicht zu einer umfassenden Digitalisierung.

Weitere Hemmschwellen sind die mangelnde Finanzkraft für den Aufbau einer komplett digitalisierten Anlage und die unzureichende Nachrüstbarkeit bestehender Anlagen.

Grundvoraussetzung, um die Digitalisierung für Ressourceneffi-

zienz voranzubringen, ist eine funktionierende Infrastruktur. Laut der Unternehmensbefragung sind die Breitbandinfrastruktur sowie die Datensicherheit, die für unternehmensübergreifende Vernetzung wichtig sind, noch verbesserungswürdig. Zudem ist vielen Unternehmen, vor allem den kleinen und mittleren, noch unklar, wie das Kosten-Nutzen-Verhältnis aussieht, da Informationen und fachkundige Beratungen fehlen. Auch mangelt es bei etwa einem Drittel der Unternehmen noch an Normen und Standards.

In einem ersten Schritt sollten deshalb die verschiedenen öffentlich geförderten Angebote besser bekannt gemacht und miteinander verknüpft werden, um den Wissenstransfer voranzubringen.

IW-Gutachten

Adriana Neligan et al.: Digitalisierung als Enabler für Ressourceneffizienz in Unternehmen
iwkoeln.de/ressourceneffizienz

Interview. Unternehmen könnten viel Geld sparen, wenn sie mehr auf den Einsatz ihrer Ressourcen achten würden. Warum die Digitalisierung dafür das bessere Instrument ist als Regulierung, erklärt **Elisabeth Winkelmeier-Becker**, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium.



Foto: Rene Scherdtel

„Die Digitalisierung ist ein Hebel für mehr Ressourceneffizienz“

Warum sollten Unternehmen über eine Digitalisierung für die Ressourceneffizienz nachdenken? Welche Vorteile ergeben sich auf diesem Gebiet durch den Einsatz digitaler Technologien?

Weil sie Kosten sparen: Insgesamt geht es im Produzierenden Gewerbe um mehr als 10 Milliarden Euro oder gut 1 Prozent der industriellen Bruttowertschöpfung als Einsparpotenzial.

Digitalisierung sorgt für bessere Information, Transparenz sowie örtliche und zeitliche Flexibilität. Durch die Digitalisierung haben Unternehmen einen besseren Überblick über ihre Prozessabläufe und können für eine bessere Auslastung von Maschinen und Anlagen sorgen. Die IW-Studie „Digitalisierung als Enabler für Ressourceneffizienz in Unternehmen“ zeigt, dass sich beispielsweise in der Industrie drei Vorteile ergeben: Kostensenkungen durch das Erkennen und Umsetzen von Einsparpotenzialen, die

verbesserte Transparenz in Herstellungsprozessen sowie eine größere Kundennähe durch Vernetzung. Allerdings sind nur wenige Unternehmen in Deutschland bei Ressourceneffizienzmaßnahmen bislang stark digitalisiert.

Woher weiß ein Unternehmen, dass sich eine Digitalisierung für die Ressourceneffizienz rechnet?

Vielen Unternehmen ist noch unklar, wie das Kosten-Nutzen-Verhältnis aussieht, da Informationen und fachkundige Beratungen fehlen. Exakte Kenntnisse und Transparenz der betrieblichen Abläufe sind jedoch zwingend nötig, um Potenziale und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung zu identifizieren. Denn Unternehmen brauchen einen Überblick, mit welchen digitalen Anwendungen und Technologien sie vorhandene Einsparpotenziale heben können. In der Praxis findet jedoch die Digitalisierung häufig ohne Berücksichtigung der Ressourceneffizienz statt. Das liegt daran,

dass diese beiden Themen in den Unternehmen auch in unterschiedlichen Abteilungen betrachtet werden. Außerdem müssen die zahlreichen möglichen – auch negativen – Wechselwirkungen in den Unternehmen bewertet werden. Für eine solche Bestandsaufnahme und Bewertung können die Unternehmen übrigens auch öffentlich geförderte Informations- und Beratungsangebote zu den Themen Ressourceneffizienz und Digitalisierung nutzen.

Ist die Digitalisierung zur Steigerung von Ressourceneffizienz für jede Unternehmensgröße sinnvoll?

Ja, denn kleine und mittlere Unternehmen können von den Möglichkeiten einer vernetzten Produktion sogar stärker profitieren als Großunternehmen. Kleinere Unternehmen können Treiber der Entwicklung von digitalen produkt- und serviceorientierten Geschäftsmodellen zur Planung, Gestaltung, Steuerung und Wartung komplexer

Wertschöpfungsnetze sein. Allerdings sind bislang nur wenige kleine und mittelständische Betriebe bei Ressourceneffizienzmaßnahmen stark digitalisiert.

Vor welchen weiteren Herausforderungen stehen die Unternehmen aktuell?

Vor allem in der Industrie fehlen Komplettlösungen zur umfassenden Datenerhebung und -nutzung. Mehr als die Hälfte der produzierenden Unternehmen beklagt auch, dass projektbezogene Insellösungen später nicht zu umfassenden digitalen Lösungen führen. Hemmschwellen sind dabei auch die fehlende Finanzkraft für den Aufbau einer komplett digitalisierten Anlage und die fehlende Nachrüstbarkeit bestehender Anlagen. Es mangelt zudem häufig an passenden spezifizierten Softwarelösungen, ebenfalls vor allem in der Industrie: Manchmal ist es zu aufwendig, eingekaufte Softwarelösungen anzupassen, oder der Unterstützungsbedarf ist zu hoch.

Warum ist das Thema Ressourceneffizienz überhaupt wichtig?

Es ist ein wesentliches politisches Ziel, den Einsatz natürlicher Ressourcen von der wirtschaftlichen Entwicklung stärker zu entkoppeln. Mit dem Deutschen Ressourceneffizienzprogramm stellt die Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen für einen sparsameren Umgang mit Rohstoffen vor. Im Mittelpunkt stehen ressourceneffiziente Produktionstechniken, die zur Schonung der Umwelt sowie zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beitragen. Für Unternehmen stellt der sparsame Umgang mit Rohstoffen als strategisches Ziel eine Möglichkeit dar, Kosten einzusparen, Abfälle zu vermeiden und durch Ressourcenschonung die Umwelt zu schützen. Grundsätzlich müssen wir neben der Corona-Pandemie weitere gewaltige Herausforderungen

meistern. Klima- und Ressourcenschutz sind weltweit überlebenswichtig. Deshalb brauchen wir Ressourceneffizienz und Digitalisierung als Weichensteller für nachhaltiges Wirtschaften.

Wie groß ist das Einsparpotenzial in Sachen Ressourcen? Und welche Rolle könnte die Digitalisierung dabei spielen?

Die Einsparpotenziale in der deutschen Wirtschaft sind keineswegs ausgeschöpft. Fast jedes zweite Unternehmen glaubt, dass es bei optimaler Nutzung der technischen Möglichkeiten weitere Potenziale freisetzen könnte. In den Unternehmen ließe sich im Durchschnitt eine weitere Reduzierung des aktuellen Ressourceneinsatzes von 7 Prozent realisieren. Digitalisierung könnte ein wesentlicher Hebel dabei sein. Denn sie geht mit Ressourceneffizienz Hand in Hand. Digitalisierung macht Ressourceneffizienz messbar und Einsparpotenziale nutzbar. Durch einen höheren Digitalisierungsgrad lässt sich auch ein höheres Maß an Ressourceneffizienz erreichen. Digitalisierung ist zwar keine zwingende Voraussetzung für mehr Ressourceneffizienz, doch welche Chancen sie für Ressourceneffizienz in Unternehmen bietet, zeigt ja gerade die von uns in Auftrag gegebene und nun vorliegende IW-Studie.

Inwiefern unterstützt Ihr Ministerium die Digitalisierung zur Steigerung der Ressourceneffizienz in den Unternehmen?

Grundvoraussetzung, um Digitalisierung für Ressourceneffizienz voranzubringen, ist eine funktionierende digitale Infrastruktur und Datensicherheit. Um diese Themen kümmern wir uns aktuell. Dafür sind der flächendeckende Breitbandausbau sowie der Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5G, Investitionen in Standards, Übertragungsmöglichkeiten und in die Cloudnutzung

sowie die Umsetzung in Normen und Standards zentral.

Außerdem können wir über vorhandene Fördermittel den Wissenstransfer zu dieser Thematik in die Unternehmen stärken, vor allem für kleine und mittlere Betriebe. Ein Leuchtturm ist das sehr erfolgreiche Technologietransferprogramm Leichtbau, mit dem auch Ressourceneffizienz und Digitalisierung gefördert werden können. Denn Leichtbau ist eine Konstruktionsphilosophie, die auf Reduzierung des Gewichts bei gleichzeitiger Verbesserung der Ressourceneffizienz sowie auf verbesserte oder auch zusätzliche Funktionalitäten abstellt.

Vielen Unternehmen ist der Nutzen der Digitalisierung für Ressourceneffizienz noch unklar. Sie müssen wissen, wo sie bei der Digitalisierung stehen und welche Maßnahmen sie benötigen. Um alle relevanten Fragestellungen zur optimalen Nutzung der Digitalisierung zu adressieren, müssten auch bestehende Angebote, die bislang getrennt die Themen Ressourceneffizienz und Digitalisierung behandeln, besser miteinander verzahnt werden. Gezielte Weiterbildungs-, Informations- und Beratungsangebote oder auch der Aufbau eines Netzwerks könnten Abhilfe schaffen und über Fördermittel finanziert werden. Eine erste Hilfestellung für Unternehmen sind die „Handlungsempfehlungen für KMU“.

Schließlich ist wichtig und klar, dass wir mit dem Koalitionsvertrag auf freiwillige Maßnahmen für die Wirtschaft setzen. Zusätzlich sind Anreize, Wissenstransfer und Technologieoffenheit entscheidend. Absolute Senkungsvorgaben für die Inanspruchnahme von Ressourcen, eine Rohstoffsteuer und überbordende Regulierung sehen wir dagegen sehr kritisch.

China, China, China

USA. Vom Ende der erratischen und protektionistischen Handelspolitik Donald Trumps dürfen sich die Europäer – insbesondere die Deutschen – nicht allzu viel versprechen. Denn der neue US-Präsident blickt vor allem in eine Richtung: nach China. Und mit dem Reich der Mitte will Joe Biden ganz anders umgehen als die Europäer – und stellt sie damit vor eine schwierige Wahl.

Strafzölle, die einseitige Kündigung von Verträgen, Drohungen – all dies war kennzeichnend für die Amtszeit von Donald Trump. Nun hoffen die internationalen Handelspartner der USA auf eine Normalisierung der Beziehungen. So wird es auch kommen, allerdings nur, was den Ton der Handelspolitik angeht – nicht jedoch deren Ausrichtung.

Ohnehin hat Joe Biden erst mal ganz andere Sorgen. Der 46. US-Präsident muss sich zuallererst um die Corona-Pandemie kümmern, die in wenigen Ländern der Welt so dra-

matistisch verläuft wie in den USA. Nicht minder dringend muss Biden die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft angehen, sonst droht der unselige Cocktail aus Populismus und Polarisierung das Land jahre- oder gar jahrzehntelang zu vergiften.

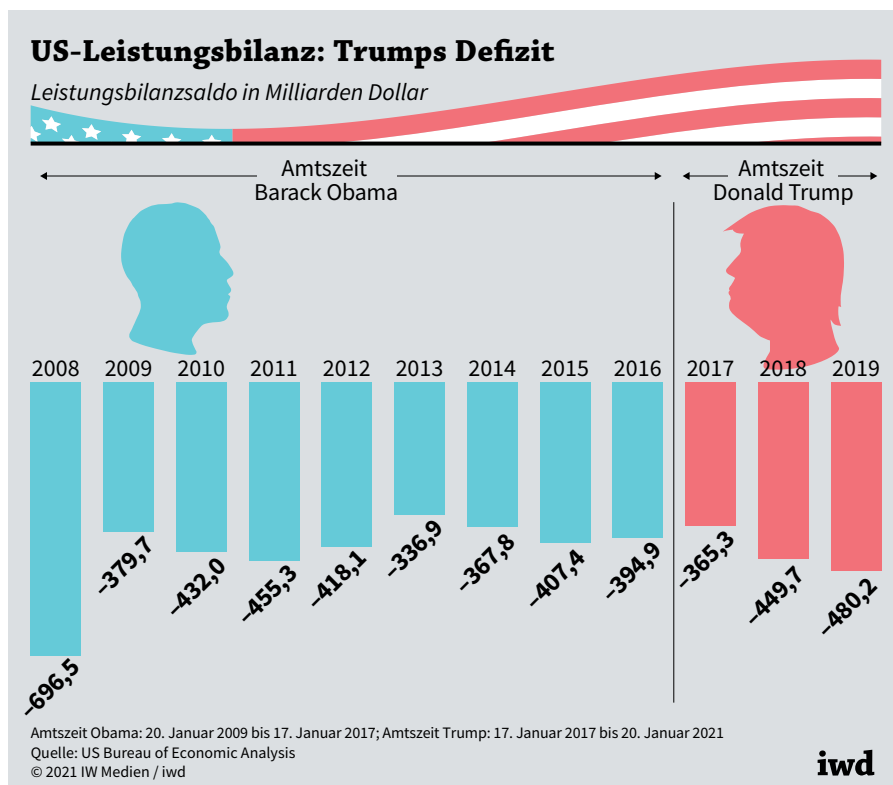
Angesichts dieser Probleme wird die Handelspolitik der USA in der ersten Amtszeit Bidens zunächst eine untergeordnete Rolle spielen. Zudem scheint die neue US-Regierung mit ihren handelspolitischen Plänen vor allem ein Ziel zu verfolgen: Sie will einen Umgang mit dem weitgehend

ungebremsten Aufstieg Chinas finden und für einen fairen Wettbewerb sorgen.

Das stellt die anderen Handelspartner der USA vor die Wahl: Entweder gehen sie den Weg der Konfrontation mit und unterstützen damit nicht nur die USA, sondern kümmern sich auch um ihre eigenen Probleme mit China. Oder sie versuchen, eine Auseinandersetzung mit China weiterhin zu vermeiden und nehmen damit in Kauf, die Zukunft der Welthandelsordnung weniger mitzubestimmen – denn bei deren Ausgestaltung werden auch dieses Mal die USA den Ton angeben.

Damit könnte Biden an die handelspolitischen Erfolge Barack Obamas anknüpfen, der zum einen an einem umfassenden Handels- und Investitionsabkommen mit der EU arbeitete und zum anderen die Verhandlungen zum größten Freihandelsabkommen der Geschichte – der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) – abschloss.

Doch Obamas Erfolge währten nur kurz. Trump brach die Verhandlungen mit der EU ab und erklärte schon am ersten Tag seiner Amtszeit den Austritt der USA aus der TPP. Und anstatt weiter nach Lösungen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) zu suchen, setzte Trump eine Spirale aus Zollerhöhungen und entsprechenden Gegenmaßnahmen der Chinesen in Gang. Er versprach



sich davon eine Senkung des Leistungsbilanzdefizits.

Zwar konnte die Trump-Regierung das Defizit gegenüber China von 2018 bis 2019 um fast 71 Milliarden Dollar senken, doch gleichzeitig erhöhte sich das Minus gegenüber Staaten wie Mexiko, Japan, Taiwan und Südkorea; außerdem sanken die Überschüsse gegenüber Kanada, Singapur und Hongkong.

Letztlich sind Trumps Schüsse deshalb nach hinten losgegangen (Grafik Seite 6):

Das US-Leistungsbilanzdefizit fiel 2019 mit 480 Milliarden Dollar so hoch aus wie seit zehn Jahren nicht mehr und war um 85 Milliarden Dollar höher als das Defizit im letzten Jahr der Obama-Amtszeit.








Die handelspolitischen Ansätze der neuen US-Administration sind in dem Plan „Made in all of America“ nachzulesen. Darin äußert Biden seine Absicht, mit Verbündeten zusammenzuarbeiten, um die internationalen Handelsregeln zu modernisieren und die unfairen Praktiken Chinas abzustellen.

Damit hat Biden den Verbündeten eine bestimmte Rolle zugewiesen: Sie sollen die USA im Kampf gegen China unterstützen. Das bringt die EU – insbesondere Deutschland – in eine verzwickte Situation, denn weder Brüssel noch Berlin haben derzeit eine eindeutige und konkrete China-Strategie. Zwar wurden in Schlüsselbranchen vereinzelte Maßnahmen eingeführt, etwa im Zusammenhang mit großen Investitionsprojekten chinesischer Investoren in Deutschland. Doch eine klare Positionierung und konkrete Lösungsvorschläge scheint die Bundesregierung aufgrund der damit verbundenen drohenden Konfrontation zu vermeiden.

Ein Blick in die Handelsstatistik liefert den Grund dafür: Im Jahr 2019 war China für Deutschland der mit

EU: Der Handel mit den USA und China

So viel Prozent der Exporte und Importe der vier größten EU-Mitgliedsstaaten entfielen im Jahr 2019 auf ...

	... die USA 		... China 	
	Ausfuhren	Einfuhren	Ausfuhren	Einfuhren
 Deutschland	8,9 ▶	6,5 ◀	7,2 ▶	10,0 ◀
 Frankreich	8,3 ▶	5,6 ◀	4,1 ▶	5,5 ◀
 Italien	9,5 ▶	4,0 ◀	2,7 ▶	7,5 ◀
 Spanien	4,6 ▶	4,0 ◀	2,3 ▶	7,5 ◀
 EU-Durchschnitt	5,7 ▶	3,1 ◀	2,4 ▶	5,8 ◀

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2021 IW Medien / iwd

iwd

Abstand wichtigste Lieferant von Importgütern. Und schon bald dürfte das Land auch der wichtigste Markt für deutsche Exporteure werden – bereits im Krisenjahr 2020 haben die Chinesen vermutlich Platz zwei hinter den Amerikanern belegt.

Auch auf EU-Ebene fällt es schwer, eine einheitliche Positionierung gegenüber China zu finden, denn das Land spielt für die einzelnen Mitgliedsstaaten eine recht unterschiedliche Rolle (Grafik):

Vor allem bei den Ausfuhren sind die USA für die meisten EU-Länder ein wichtigerer Partner als China – bei den Importen ist es meist umgekehrt.

Keine der vier größten EU-Volkswirtschaften hängt allerdings sowohl bei den Ausfuhren als auch bei den Einfuhren so stark vom Handelspartner China ab wie Deutschland.

Aus dieser Gemengelage ergibt sich, dass die EU-Länder unterschiedlich stark daran interessiert sind, mit den USA zu kooperieren und eine Konfrontation mit China zu riskieren.

Doch auch ohne einen Bruch mit Peking ist die Kooperation mit den USA möglich. Die EU und die USA sollten weitere Länder für ein plurilaterales Handelsabkommen gewinnen, das neue, über die WTO-Regelungen hinausgehende Liberalisierungen und vor allem schärfere internationale Regeln gegen Wettbewerbsverzerrungen festschreiben würde. Dann wäre China am Zug: Entweder es beteiligt sich an dem Abkommen und hält sich an die Regeln. Oder es stimmt einer substanziellen Reform der WTO-Regeln zu, etwa für Industriesubventionen.

Ist China nicht dazu bereit, könnte das Abkommen weiter ausgebaut und zu einer alternativen Welthandelsordnung entwickelt werden – zum Beispiel über eine erweiterte und überarbeitete Transpazifische Partnerschaft.

IW-Policy Paper 1/2021

Galina Kolev, Jürgen Matthes: It's all about China, stupid! – Handlungspolitische Perspektiven nach dem Machtwechsel in den USA iwkoein.de/usa

Beleidigt, bedroht, bekämpft

Gewalt am Arbeitsplatz. Gewalttätig ausgetragene Konflikte zwischen Kollegen, Bedrohungen durch Kunden oder Patienten sowie Banküberfälle sind nicht nur dramatische Erfahrungen für die betroffenen Personen, sondern sie verursachen auch einen wirtschaftlichen Schaden. Denn durch Gewalt am Arbeitsplatz kommt es zu hohen Fehlzeiten, Kosten für Entschädigungen, Heilbehandlungen sowie neuen Unfallrenten.

Wenn Beschäftigte im Rahmen ihres Jobs oder direkt am Arbeitsplatz beleidigt, bedroht oder sogar tödlich angegriffen werden, bezeichnen Arbeitswissenschaftler dies als „Gewalt am Arbeitsplatz“. Diese Gewalt kann von externen, nicht betriebszugehörigen Personen, aber auch von Arbeitskollegen ausgehen.

Gewalttätige Ereignisse, die zu einer körperlichen Verletzung führen, werden als Arbeitsunfälle gewertet und dementsprechend dokumentiert und untersucht. Meldepflichtig sind Arbeitsunfälle dann, wenn sie eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge haben (Grafik):

Von den insgesamt rund 870.000 meldepflichtigen Arbeitsunfällen im Jahr 2019 gingen mehr als 16.000 auf Gewalt am Arbeitsplatz zurück.

Bei Handgreiflichkeiten innerhalb des Betriebs oder solchen zwischen betriebsinternen und -fremden Personen kommt es oft zu Prellungen,

Gewalt am Arbeitsplatz: Zum Glück selten todbringend

Zahl der meldepflichtigen Unfälle, die durch menschliche Gewalt am Arbeitsplatz verursacht wurden, in Deutschland im Jahr 2019

	Unfälle	Tödliche Unfälle	Neue Unfallrenten
Gewalt, Angriff, Bedrohung durch betriebsfremde Personen	10.164	2	159
Gewalt, Angriff, Bedrohung durch betriebsinterne Personen	2.874	0	26
Überraschung, Schreck	1.783	0	36
Gewalt, Angriff, Bedrohung ohne nähere Angaben	1.201	2	30
Insgesamt	16.022	4	251

Meldepflichtiger Unfall: Unfall mit einer Arbeitsunfähigkeit von vier oder mehr Tagen
Neue Unfallrente: erstmalige Entschädigung durch Zahlung einer Rente, einer Abfindung oder von Sterbegeld

Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
© 2021 IW Medien / iwd

Verstauchungen oder oberflächlichen Hautverletzungen (59 Prozent). Aber auch Schockzustände erlebnisreaktiver oder psychischer Art kommen vor, sie machen 18 Prozent der Unfallmeldungen aus. Etwas mehr als die Hälfte der Unfallrenten werden aufgrund dieser psychischen Auswirkungen der verschiedenen Schockzustände gewährt.

Die meisten Gewaltunfälle im gewerblichen Bereich finden mit 36 Prozent bei den Wach- und Sicherheitsdiensten statt, doch auch Pflege- und Altenheime sind diesbezüglich gefährliche Arbeitsorte – hier passieren etwa 16 Prozent der meldepflichtigen Übergriffe. Im öffentlichen Dienst sind die psychiatrischen Krankenhäuser mit 57 Prozent besonders betroffen.

Erfreulicherweise ist die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle insgesamt seit Jahren rückläufig: Gab es 1991 noch insgesamt mehr als 1,8 Millionen Arbeitsunfälle, so waren es 2011 nur noch knapp 920.000 und im Jahr 2019 – das ist der aktuellste Datenstand – rund 870.000. Die Zahl der Gewaltunfälle nahm in den vergangenen Jahren jedoch zu:

Allein zwischen 2017 und 2019 steigerte sich die Zahl der gewalttätigen Vorfälle am Arbeitsplatz um 13 Prozent.

Die Aufwendungen für Entschädigungsleistungen für alle Arbeits- und Wegeunfälle summierten sich im Jahr 2019 auf insgesamt 11,1 Milliarden Euro. Weitere 4,9 Milliarden Euro kosteten die Heilbehandlungen, 5,8 Milliarden die Unfallrenten. Dazu kommen die Kosten, die den Unternehmen durch die Fehlzeiten entstehen. Insgesamt verursachen die Arbeitsunfälle einen großen wirtschaftlichen Schaden, der durch Prävention mit einer guten betrieblichen Personalpolitik verringert werden kann.



Vorbeugen, nachsorgen, wachsam sein!

Buchtipps. Gewalt am Arbeitsplatz ist ein keineswegs seltenes Phänomen, mit dem Personalverantwortliche und Führungskräfte im betrieblichen Kontext konfrontiert sind. Vorbeugen, nachsorgen und wachsam sein gehören zum aktiven Bedrohungsmanagement für den Schutz von Beschäftigten und Betriebsklima.

Es gibt viele Formen von Gewalt am Arbeitsplatz: Bankangestellte, die an ihrem Arbeitsplatz überfallen werden, sind oft für Jahre traumatisiert, obwohl ihr Arbeitgeber sie darauf vorbereitet und auch umfangreiche Nachsorge leistet. Jobcenter-Beschäftigte, die von ihren Kunden beleidigt, bedroht oder sogar tödlich angegriffen werden, bitten oftmals um Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz. Aber auch psychische oder sexualisierte Gewalt, die für Dritte meist kaum sichtbar vonstattegeht, kann bei Beschäftigten zu posttraumatischen Belastungsstörungen führen und sie krank machen.

Doch wie sollen Betriebe und Organisationen auf solche Vorkommnisse reagieren? Und was können sie tun, damit es erst gar nicht so weit kommt? Antworten auf diese Fragen gibt der promovierte Politik- und Verwaltungswissenschaftler Holger Pressel in seinem Buch „Umgang mit Gewalt am Arbeitsplatz – Prävention, Deeskalation, Nachsorge“. Als Referatsleiter einer großen Krankenkasse ist der Autor besonders daran interessiert, für das Thema Gewaltprävention zu sensibilisieren und dadurch die Gesundheit der Beschäftigten – mittel- oder langfristige – zu erhalten oder sogar zu stärken.

Pressel stellt Personalverantwortlichen, Führungskräften und Geschäftsleitungen praxisrelevantes Wissen inklusive Handlungsempfehlungen zur Verfügung: Wie häufig kommt Gewalt am Arbeitsplatz vor? Welche Ursachen liegen zugrunde? Wie gehen Vorgesetzte und Personalverantwortliche bestmöglich mit Drohungen um? Wie können Anzeichen für Gewalt am Arbeitsplatz rechtzeitig erkannt und Beschäftigte geschützt werden? Wie sieht eine gute betriebliche Nachsorge nach Anschlägen, Attacken oder persönlichen Angriffen aus?

Das Buch ist ein lesenswertes Werk, das Hintergrundwissen, konkrete Fallbeispiele und neue Erkenntnisse aus der Wissenschaft präsentiert. Wäre das Thema nicht so traurig und vielfach angsteinflößend, könnte man von einem unterhaltsamen Pageturner sprechen. Obwohl der methodische Zugang wissenschaftlichen Kriterien standhält, ist das Buch verständlich geschrieben. Die authentischen Fälle aus Wirtschaft und Verwaltung sind anschaulich und nachvollziehbar geschildert. Manche sind so unglaublich, dass man sich in einem Krimi wähnt. Vielfach tun sich Abgründe auf, aber auch damit müssen sich Verantwortliche in den Betrieben aktiv auseinandersetzen.

Christiane Flüter-Hoffmann

Holger Pressel: Umgang mit Gewalt am Arbeitsplatz – Prävention, Deeskalation, Nachsorge, Haufe Verlag, Freiburg im Breisgau, 2020, 240 Seiten, 39,95 Euro, ISBN 978-3-648-14279-0

Weitere Herausforderungen warten

Industrie. Bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie waren die Produktion und die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland rückläufig. Auch wenn dem coronabedingten Absturz vom Frühjahr 2020 rasch eine Erholungsphase folgte, ist eine baldige Rückkehr zum Vorkrisenniveau nicht zu erwarten. Zudem muss die Industrie viele strukturelle Herausforderungen bewältigen.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der ersten Welle der Corona-Pandemie haben die deutsche Industrie noch härter getroffen als die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009. Damals brach die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Laufe von fünf Monaten um insgesamt 20 Prozent ein, im Frühjahr 2020 ging es innerhalb von nur zwei Monaten um fast 30 Prozent abwärts.

Besonders heftig gebeutelt wurde die Automobilindustrie, deren Fertigung im vergangenen Frühjahr fast zum Stillstand kam:

Im April 2020 war die Produktion von Kraftwagen und Kraftwagenteilen in Deutschland rund 84 Prozent geringer als zwei Monate zuvor.

Mit dem Ende des Frühjahrs-Lockdowns, den staatlichen Stützungsmaßnahmen und der deutlichen Beruhigung des Infektionsgeschehens im Sommer konnte sich die deutsche Wirtschaft rapide erholen. Schon im Juli 2020 lag das Produktionsniveau im Verarbeitenden Gewerbe lediglich noch um 11 Prozent unter dem Niveau vom Februar. Bis zum November schrumpfte die Produktionslücke

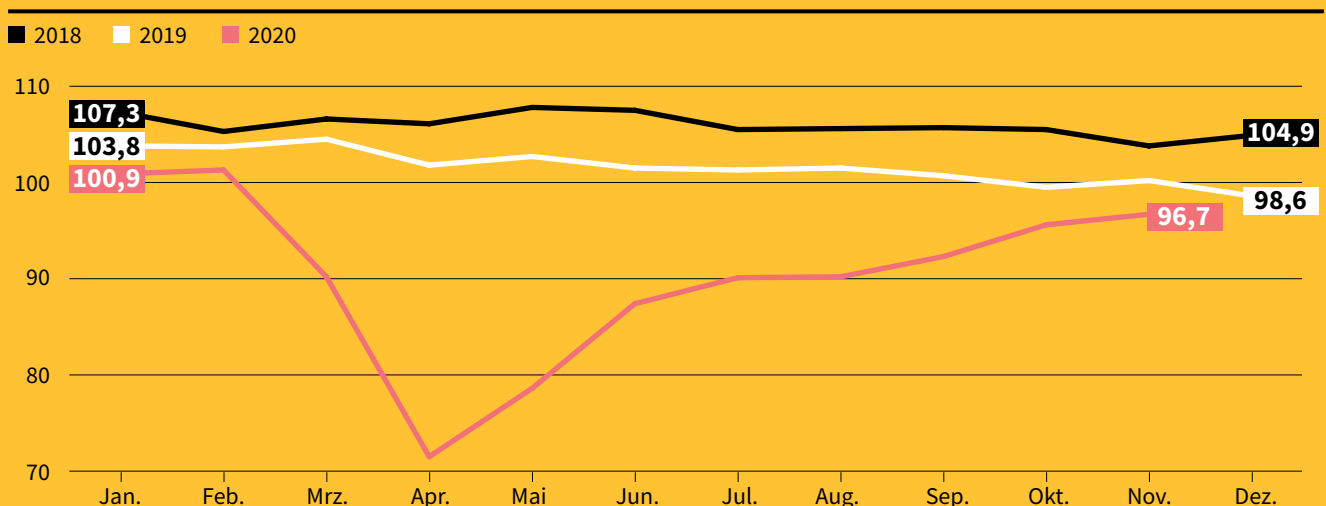
– sowohl in der Industrie insgesamt als auch im Automobilsektor – sogar auf 4,5 Prozent.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass die deutschen Industrieunternehmen nun wieder vor rosigen Zeiten stehen – aus zwei Gründen.

• **Der Abwärtstrend begann schon vor Corona.** Beispielsweise litten die oft stark exportorientierten Industriefirmen in den letzten Jahren unter dem protektionistischen Kurs, den nicht zuletzt die US-Regierung unter Donald Trump verfolgte. Entsprechend setzte sich 2020 – wenn

Industrie: Produktionslücken schon vor Corona

Saison- und kalenderbereinigte Industrieproduktion in Deutschland, 2015 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

auch zwischenzeitlich durch die Pandemie deutlich verschärft – ein bereits zuvor begonnener Negativtrend fort. Die Folge (Grafik Seite 10):

Gemessen am Durchschnitt des Jahres 2018 betrug die Produktionslücke der deutschen Industrie im November 2020 fast 9 Prozent.

Auf diesem Niveau dürfte sich auch das komplette vierte Quartal 2020 bewegt haben.

• **Die Pandemie ist noch nicht vorbei.** Auch wenn der seit Herbst verschärfte Corona-Kurs der Politik Branchen wie das Gastgewerbe oder den Einzelhandel am härtesten trifft, können sich auch die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes der weiterhin schwierigen Infektionslage mit all ihren Folgen nicht entziehen.

Das zeigt auch die IW-Konjunkturumfrage vom November 2020, bei der die Unternehmen unter anderem ihre mittelfristigen geschäftlichen Perspektiven einschätzen sollten.

Obwohl zum Zeitpunkt der Umfrage die im Dezember beschlossene weitere Verschärfung des Lockdowns noch nicht absehbar war, gingen die Unternehmen bereits davon aus, dass sie nicht allzu schnell auf frühere Produktionsniveaus zurückkehren würden:

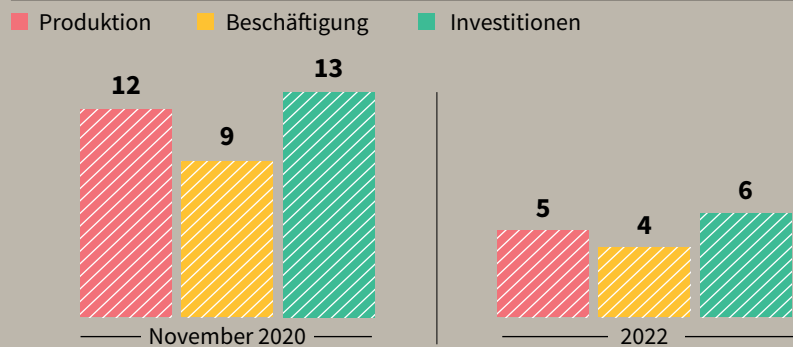
Im November 2020 verzeichneten knapp 28 Prozent der Industriefirmen keine Produktionslücke im Vergleich zu 2019 – für das Frühjahr 2021 erwarteten aber nur noch 23 Prozent eine Produktion auf dem 2019er Niveau.

Zwar liegt der Anteil der Unternehmen, die dann noch – gemessen an 2019 – Produktionsausfälle von mehr als 15 Prozent erwarten, um einiges unter dem Wert vom vergangenen Herbst. Mit einer spürbaren Aufhellung der wirtschaftlichen Perspektiven rechnen die Befragten allerdings erst ab dem zweiten Halbjahr 2021. Und selbst für die Zeit ab 2022 ging im November 2020 die

Industrie: Lückenschluss dauert länger

Die Industrieunternehmen in Deutschland wurden gefragt: „Wie hoch schätzen Sie die Produktions-, Beschäftigungs- und Investitionslücken für Ihr Unternehmen im Vergleich zur Lage vor der Corona-Pandemie ein?“

Ausmaß der geschätzten Lücken gegenüber dem Jahr 2019 in Prozent



Geschätzte Lücken: Werte nicht mit möglichen positiven Erwartungen von Firmen saldiert, da dies nicht abgefragt wurde
Befragung von mehr als 2.000 Unternehmen im November 2020

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Hälfte der Industriebetriebe von einer Fertigung unterhalb des Niveaus von 2019 aus. Von den Investitionsgüterproduzenten waren es sogar 58 Prozent.

Die längerfristigen Produktionslücken haben auch Konsequenzen für die Investitionstätigkeit und das Beschäftigungsniveau in der Industrie. Die IW-Konjunkturumfrage verdeutlicht deren Ausmaß (Grafik):

Im November 2020 lag das Beschäftigungsniveau in den Industriefirmen, die diesbezüglich eine Lücke aufwiesen, um 9 Prozent unter dem Niveau von 2019, die Investitionslücke der beeinträchtigten Firmen betrug sogar 13 Prozent.

Bis zum kommenden Jahr werden diese Lücken nach Einschätzungen der Industrieunternehmen zwar kleiner, aber nicht vollständig geschlossen. Am größten wird auch dann voraussichtlich die Investitionslücke mit durchschnittlich 6 Prozent sein.

Auch wenn dies unsaldierte Werte sind, da das Ausmaß etwaiger positiver Erwartungen nicht abge-

fragt wurde, hat das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland ganz offensichtlich noch länger mit den Corona-Folgen zu kämpfen. Die neuen Verschärfungen der Schutzmaßnahmen seit Dezember 2020 könnten die Industrierezession sogar noch verlängern.

Dabei stehen die Industriefirmen ohnehin vor oder bereits inmitten großer struktureller Anpassungen, die sich aus den Verschiebungen der geopolitischen Kräfteverhältnisse, der Digitalisierung und der Notwendigkeit, auf erneuerbare Energien umzuschwenken, ergeben. Ob dies in eine Strukturkrise mündet, die dann auch zu einer stark steigenden Arbeitslosigkeit führt, wird nicht zuletzt von der Politik und den Tarifabschlüssen abhängen. Übermäßige Regulierungen, zusätzliche Steuerbelastungen und übermäßige Arbeitskostenerhöhungen gilt es jetzt unbedingt zu vermeiden.

Aus IW-Trends 1/2021

Hubertus Bardt, Michael Grömling: Kein schnelles Ende der Corona-Krise
iwkoeln.de/industrie_corona

Zahlen widerlegen das Bauchgefühl

Gewerbeimmobilien. Bislang trotzen die Büromieten allem Anschein nach der Corona-Krise und auch im Einzelhandel entwickelten sich die Mieten im Jahr 2020 keinesfalls eindeutig negativ. Dafür gibt es verschiedene Erklärungsansätze – teilweise sind es sogar die Folgen der Pandemie selbst, die die Nachfrage nach Gewerbeimmobilien befeuern.

Das Bauchgefühl ist das eine, die blanken Zahlen sind mitunter etwas völlig anderes. Das gilt derzeit auch für die Ergebnisse des Gewerbeimmobilienindex, kurz GIMX, den das IW mit der Online-Plattform ImmoScout24 Gewerbeflächen veröffentlicht. Denn gefühlt war es im vergangenen Jahr nicht weit her mit der Nachfrage nach Büroimmobilien und Einzelhandelsflächen – schließlich drängte die Pandemie Mitarbeiter ins Homeoffice und im Lockdown waren und sind viele Läden geschlossen.

Doch die Fakten – konkret sind es die Online-Inserate für Gewerbeimmobilien – sprechen eine andere Sprache:

Die Angebotsmieten für Büros an den zwölf führenden deutschen Standorten sind 2020 zwischen 3 und 10 Prozent gestiegen.

Allerdings zeigt diese Spanne, dass der Trend keinesfalls einheitlich stark ausfiel (Grafik):

In Dresden legten die Mieten für Büroimmobilien binnen eines Jahres um fast 10 Prozent zu. In Stuttgart, Düsseldorf und Dortmund betrug der Anstieg maximal 3 Prozent.

Noch uneinheitlicher wird der Befund, wenn die Preise im zweiten Halbjahr 2020 mit denen im Halbjahr davor verglichen werden:

In Dresden, Hannover, Düsseldorf und Dortmund stiegen die Büromieten vor allem im zweiten Halbjahr 2020. An den anderen Standorten war das Plus im ersten Halbjahr teils deutlich größer.

München war der einzige der zwölf im GIMX betrachteten Standorte, an dem die Büromieten im zweiten Halbjahr 2020 sanken.

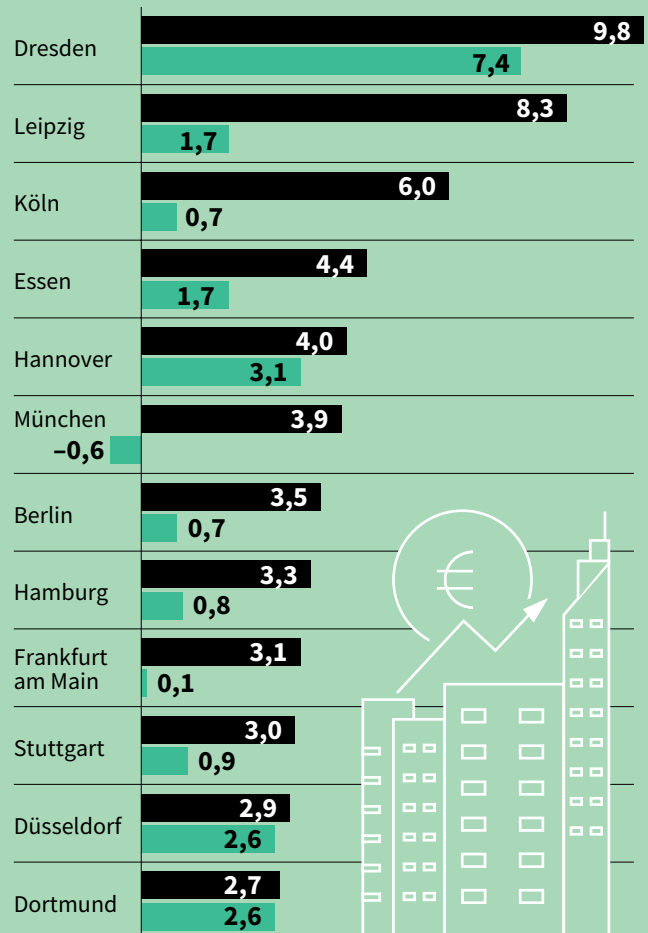
Im Einzelhandel war der Befund nicht so eindeutig, doch auch hier gab es keineswegs nur Verlierer (siehe Grafik Seite 13):

Im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2019 lagen die Angebotsmieten für den Einzelhandel im zweiten Halbjahr 2020 an sechs der zwölf untersuchten Standorte teils deutlich höher. Gleichzeitig gab es in fünf Großstädten Preiskorrekturen nach unten – am

Büromieten: Vor allem im ersten Halbjahr stark gestiegen

Prozentuale Veränderung der Angebotsmieten im zweiten Halbjahr 2020 gegenüber ...

■ ... dem zweiten Halbjahr 2019 ■ ... dem ersten Halbjahr 2020



Veränderung: qualitätsbereinigt, d. h. etwaige Aufpreise für eine höherwertige Ausstattung, Neubau/Erstbezug oder eine besonders zentrale Lage wurden bereits berücksichtigt

Quellen: ImmoScout24 Gewerbeflächen, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

stärksten in Dortmund mit minus 9 Prozent und in Leipzig mit minus 8 Prozent.

Wird indes die Mietpreisentwicklung der beiden Halbjahre 2020 verglichen, zeigt sich auch an der vermeintlichen Spitze der Preissteigerungen ein merklicher Dämpfer – in Düsseldorf gingen die Preise in der zweiten Jahreshälfte um 2 Prozent zurück. Andere Standorte – vor allem München, Dresden und Köln – waren im zweiten Halbjahr deutlich teurer als im ersten.

Für diese Ergebnisse des GIMX plausible Erklärungen zu finden, fällt durch die völlig neue Pandemie-Situation nicht leicht. Generell muss berücksichtigt werden, dass der Mietmarkt relativ träge ist. Deshalb wirken sich kurz- und langfristige Effekte unterschiedlich stark aus.

Kurzfristig dürften zwei Effekte zum Tragen kommen:

Konjunkturhilfen. Zwar fließt die staatliche Unterstützung für von Corona geplagte Firmen nicht immer so reibungslos wie erhofft, dennoch federn Kurzarbeitergeld, Überbrückungshilfen und andere Leistungen die Folgen der Krise merklich ab. Entsprechend sind viele Firmen bislang an einer Insolvenz vorbeigeschrammt, was natürlich auch den Gewerbeimmobilienmarkt stützt.

Abstandsgebot. Ob in der Firma oder im Ladenlokal: Abstand zu halten ist das Gebot der Stunde. Deshalb müssen Betriebe für ihre Mitarbeiter und Läden für ihre Kunden viel Fläche vorhalten, selbst wenn zahlreiche Beschäftigte im Homeoffice sind und die Konsumenten nicht in den Läden einkaufen wollen oder dürfen.

Darüber hinaus muss beim GIMX die Datengrundlage berücksichtigt werden: Er wertet die Online-Inserate von

Gewerbeimmobilien aus. Und natürlich versuchen Eigentümer, ihre Flächen möglichst teuer loszuschlagen. Ob ihnen das gelingt oder sie Preisabschläge gewähren müssen, kann der Index nicht abbilden.

Zudem dürfte sich die Lage mittelfristig – nach der Pandemie – ganz anders darstellen als in der kurzen Frist: **Homeoffice.** Der Anteil jener, die aus dem Homeoffice arbeiten, dürfte dauerhaft steigen, was den Bedarf an klassischen Büros reduziert.

Online-Shopping. Das Einkaufen im Netz wird einen höheren Stellenwert haben als vor der Krise, was die Innenstädte nachhaltig verändert.

Allerdings ist trotz beider Entwicklungen keineswegs ausgemacht, dass der Gewerbeimmobilienmarkt darunter leiden muss:

Trotz Homeoffice werden sich die Mitarbeiter auch in Zukunft persönlich austauschen wollen. Zudem arbeiten nicht alle gerne von zu Hause aus. Für Vermieter gilt es deshalb, flexible Büroangebote mit größeren Kommunikationsflächen zu schaffen.

Der Einzelhandel sollte seinen Kunden mehr denn je ein Erlebnis bieten, das den Nutzen des Shoppings im Web übertrifft – etwa mit Produkttests vor Ort oder Live-Events. Allerdings braucht es dafür gute Konzepte, die weit über die Immobilienwirtschaft hinausgehen.

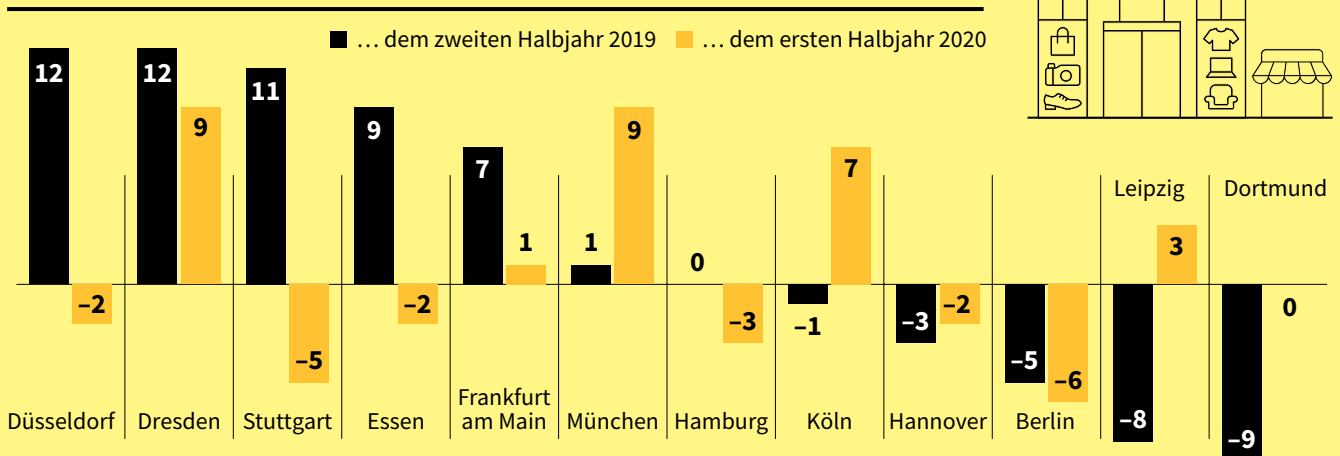
IW-Kurzbericht 4/2021

Christian Oberst, Michael Voigtländer: Gewerbemieten trotz der Corona-Krise

iwkoeln.de/gewerbeimmobilien

Mieten im Einzelhandel: Kein einheitliches Bild

Prozentuale Veränderung der Angebotsmieten im zweiten Halbjahr 2020 gegenüber ...



Veränderung: qualitätsbereinigt, d. h. etwaige Aufpreise für eine höherwertige Ausstattung, Neubau/Erstbezug oder eine besonders zentrale Lage wurden bereits berücksichtigt

Quellen: ImmoScout24 Gewerbeflächen, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

Welche Krise?

Metallpreise. Anders als in der Finanz- und Wirtschaftskrise vor zwölf Jahren sind die Metallpreise in der Corona-Pandemie im Jahr 2020 nicht abgestürzt, sondern im Gegenteil deutlich gestiegen – aus verschiedenen Gründen. Hätte der Euro gegenüber dem Dollar nicht in erheblichem Maße aufgewertet, wäre der Befund sogar noch klarer.

Vor zehn Jahren hat das Institut der deutschen Wirtschaft den Industriemetallpreis-Index (IMP-Index) entwickelt. Dessen zentrale Stärke ist es, dass er die Perspektive der metallverarbeitenden Industrie in Deutschland einnimmt und anhand einer einzigen Kennzahl misst, wie sich die Preise der für die hiesige Wirtschaft mengen- und kostenmäßig wichtigsten Metalle seit 1999 entwickelt haben.

Zudem nutzt er dafür die Preise in Euro statt Dollar, der an den Rohstoffmärkten weltweit normalerweise den Ton angibt.

Der Befund des IMP-Index für 2020 ist eindeutig (Grafik Seite 15):

Innerhalb von zwölf Monaten – von Ende 2019 bis Ende 2020 – sind die Rohstoffkosten für metallverarbeitende Unternehmen in Deutschland um mehr als 20 Prozent gestiegen.

Mit 437,9 Punkten erreichte der Index Ende 2020 seinen dritthöchsten Wert seit Beginn der Auswertung.

Das ist vor allem deshalb ungewöhnlich, weil 2020 alles andere als ein Boomjahr für die Weltwirtschaft war. Denn infolge der Corona-Pandemie sind die Volkswirtschaften rund um den Globus schwer angeschlagen und nicht nur in Deutschland werden noch immer harte Maßnahmen ergriffen, um die Lage in den Griff zu bekommen.

Doch nur von Januar bis März des vergangenen Jahres verzeichnete der Index einen Preisrückgang um immerhin 8 Prozent; bis zum Jahresende 2020 ging es dann von diesem Tiefpunkt um 29 Prozent nach oben.

Damit hat sich der IMP-Index ganz anders entwickelt als im Jahr 2008, also zu Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise, als er um 44 Prozent einbrach.

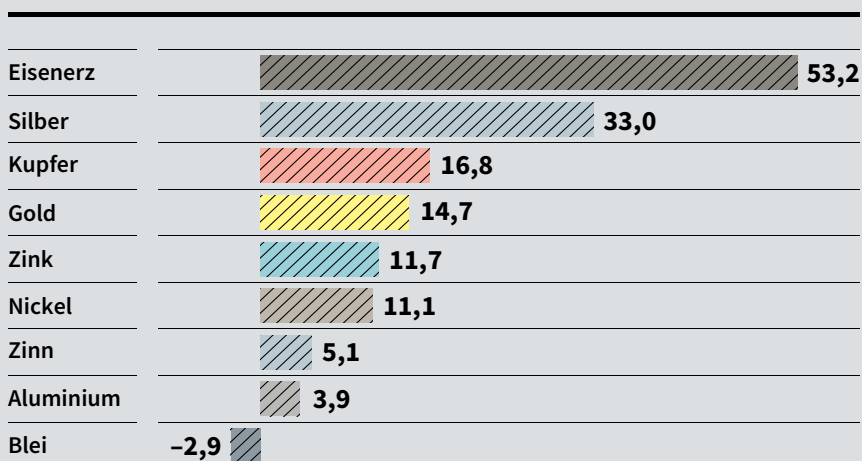
Für den Kursverlauf im zurückliegenden Jahr macht das IW vor allem zwei Faktoren verantwortlich:

Ein geringeres Rohstoffangebot, da weltweit Metallminen aufgrund der Pandemie stillgelegt wurden oder nur teilweise geöffnet waren und Rohstoffe förderten.

Eine überraschend schnelle Erholung der Nachfrage, da Länder

Metallpreise: Die meisten haben deutlich zugelegt

Um so viel Prozent haben sich die Metallpreise Ende 2020 gegenüber dem Wert Ende 2019 verändert

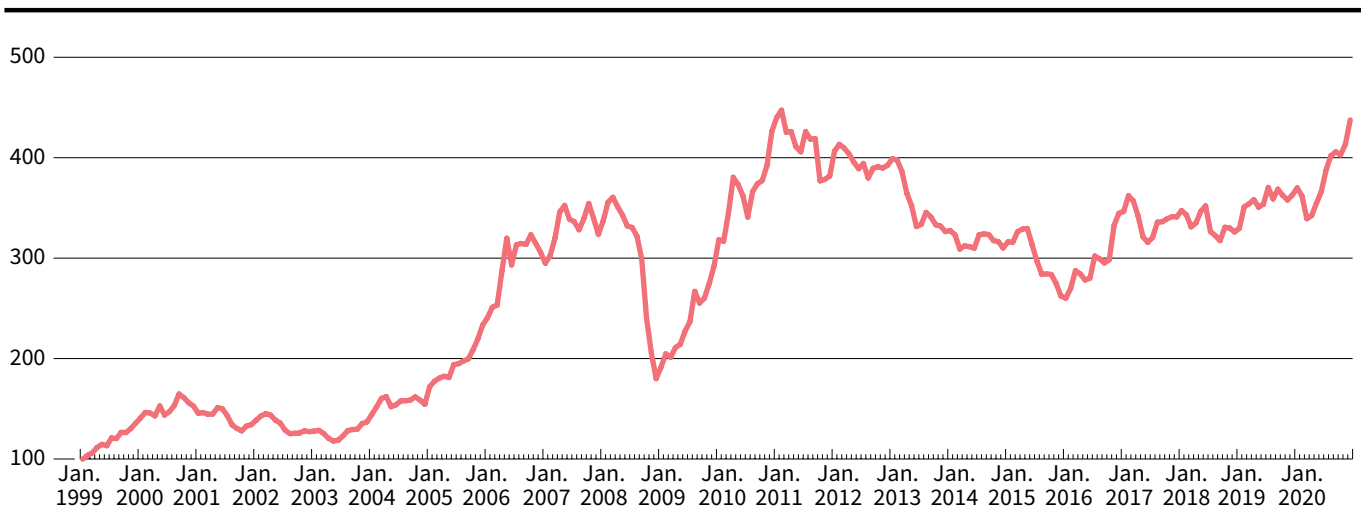


Metallpreise: in Euro, umgerechnet von den durch die Weltbank ausgewiesenen Dezemberwerten der jeweiligen internationalen Rohstoffmärkte

Quellen: Europäische Zentralbank, Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

Metallpreise so hoch wie selten

Entwicklung des Industriemetallpreis-Index, Januar 1999 = 100



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

wie China schon lange wieder unter Volldampf produzieren. Und in Europa ist die Industrie bislang von den neuerlichen Lockdown-Maßnahmen größtenteils verschont geblieben und die Lieferketten sind im Großen und Ganzen intakt.

Ein Blick auf die einzelnen Metalle zeigt allerdings, dass sich die Preise im IMP-Index recht ungleichmäßig entwickelt haben (Grafik Seite 14):

Eisenerz hat sich 2020 um gut 53 Prozent verteuert, für Aluminium mussten deutsche Firmen dagegen nur knapp 4 Prozent mehr zahlen und Blei ist sogar um 3 Prozent günstiger geworden.

Bei den Edelmetallen legte Silber im Jahresvergleich deutlich stärker zu als Gold: Der Preis für Silber stieg um 33 Prozent und damit gut doppelt so stark wie der des Goldes. Das mag unter anderem daran liegen,

dass Gold schon seit Längerem sehr teuer ist und Silber immer öfter als alternative Wertanlage gesehen wird.

Zugute kam deutschen Firmen in der Metallindustrie im vergangenen Jahr die Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro. Denn dadurch wurde es für sie günstiger, Metalle – die gemeinhin in Dollar gehandelt werden – zu importieren:

Der gegenüber dem Dollar deutlich aufwertende Euro glich 2020 rund ein Drittel der Preissteigerungen auf den globalen Metallmärkten aus.

Das bedeutet im Umkehrschluss: Ohne die starke Abwertung des Dollar hätte der IMP-Index Ende des Jahres 2020 ein noch deutlich höheres Niveau erreicht:

Mit einem Wechselkurs auf dem Niveau von Ende 2019 hätte der IMP-Index zu Silvester 2020 bei

479,5 Punkten gelegen und die Metalle wären für die deutsche Industrie so teuer gewesen wie nie zuvor.

Eine Prognose, wie sich die Metallpreise 2021 entwickeln werden, fällt schwer. Allerdings liegt die Vermutung nahe, dass der IMP-Index in näherer Zukunft nicht einbricht. Denn die weltweiten Impfkampagnen sollten die Corona-Problematik in den kommenden Monaten eher abschwächen und ein Aufholprozess in wichtigen Ländern würde die Nachfrage hochhalten.

Zwar könnte es in den kommenden Monaten aufgrund der Pandemie vereinzelt zu Lieferschwierigkeiten kommen. Dies würde aber wohl auch keinen Preiserückgang, sondern eher Preisspitzen verursachen, gerade bei Metallen, die nur aus wenigen Quellen bezogen werden.

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. • **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff • **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther • **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland • **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) • **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Florian Janssen, Alexander Weber • **Grafik:** IW Medien GmbH • **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de • **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig • **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de • **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln • **Telefon:** 0221 4981-0 • **Druck:** Henke GmbH, Brühl • **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de • **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de • **Titelbild:** iStock.com/TarikVision.

Zahl der Woche**Prozent**

der Unternehmen in der Europäischen Union nutzten im Jahr 2020 Cloud Computing, griffen also über das Internet auf externe IT-Dienste statt auf eine eigene entsprechende Infrastruktur zurück. Damit war der Anteil fast doppelt so hoch wie im Jahr 2016 mit 19 Prozent. Gemessen daran, dass 98 Prozent der in der EU angesiedelten Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten Internetzugang haben, entscheiden sich aber immer noch relativ wenige Firmen für cloudbasierte Lösungen. Zudem ist das Gefälle innerhalb der EU sehr groß: So ist Cloud Computing in Skandinavien fast schon der Regelfall – 75 Prozent der finnischen, 70 Prozent der schwedischen und 67 Prozent der dänischen Unternehmen nutzen entsprechende Dienste. In Bulgarien sind es dagegen nur 11 Prozent. Deutschland lag im vergangenen Jahr mit 33 Prozent ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt. Über alle EU-Länder hinweg haben 76 Prozent der Unternehmen, die Cloud-Dienste in Anspruch nehmen, ihre E-Mail-Systeme in die digitale Wolke ausgelagert, 67 Prozent legen Dateien in der Cloud ab und 58 Prozent greifen darüber auf Textverarbeitungs- und Tabellenkalkulations-Software zu.

Top-Liste: Studentenwohnheime

Mit 158 Theologie-Studenten ist das mittelfränkische Neuendettelsau wahrlich kein Studi-Hotspot. Doch wer eine preisgünstige Bleibe sucht, ist in der bayerischen Kleinstadt bestens aufgehoben: Denn hier gibt es 98 Wohnheimplätze. Die Unterbringungsquote, also das Verhältnis von Studenten zu Wohnheimplätzen, beträgt damit sagenhafte 62 Prozent – in Berlin sind es gerade mal 6 Prozent. Historisch bedingt gibt es in den neuen Bundesländern etwas mehr Wohnheimplätze als in den alten, doch knapp ist das Angebot bis auf wenige Studienorte überall. Anfang 2020 gab es deutschlandweit rund 239.000 staatlich geförderte Wohnheimzimmer, die Platz für 9,4 Prozent der in Deutschland immatrikulierten Studenten boten, 2008 betrug die Unterbringungsquote noch rund 12 Prozent. Und die Wohnungsnot verschärft sich weiter: Im Sommersemester 2020 waren fast 21.000 Studenten mehr an einer Hochschule in Deutschland eingeschrieben als ein Jahr zuvor.

Wohnheime: Ungleich verteilt

So viel Prozent der Studenten in den jeweiligen Bundesländern konnten im Wintersemester 2019/20 in einem öffentlich geförderten Wohnheim unterkommen

Thüringen	17	Sachsen-Anhalt	9
Brandenburg	15	Hamburg	8
Sachsen	15	Saarland	8
Baden-Württemberg	13	Bremen	7
Mecklenburg-Vorpommern	11	Hessen	7
Bayern	10	Nordrhein-Westfalen	7
Niedersachsen	10	Berlin	6
Rheinland-Pfalz	10	Schleswig-Holstein	6
Deutschland	9		